

"La Romandie dominée"? : zur labilen Beziehung zwischen der deutschen und welschen Schweiz

Autor(en): **Altermatt, Urs**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte = Revue suisse d'art et d'archéologie = Rivista svizzera d'arte e d'archeologia = Journal of Swiss archeology and art history**

Band (Jahr): **60 (2003)**

Heft 1-2: **"Zwischen Rhein und Rhone - verbunden und doch getrennt?" = "Entre Rhin et Rhône - liens et rupture?"**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-169696>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«La Romandie dominée»? Zur labilen Beziehung zwischen der deutschen und welschen Schweiz

von URS ALTERMATT

Die Tatsache, dass sozioökonomische und politische Konflikte von ethnischen, kulturellen und religiösen Gegensätzen überlagert werden, ist kein neues Phänomen.¹ Bei der Entstehung der modernen Staatswesen waren ethnische und nationale Ausschliessungskriterien grundlegend.² Neu hingegen sind die Häufigkeit und die Schärfe, mit der seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ethnische und nationale Fragen in der ganzen Welt auftreten.³

Der als Ethnonationalismus zu bezeichnende Prozess stellt global eine Bewegung dar, die auf der Vorstellung beruht, dass Volk, Nation und Ethnie als natürliche Wesenheiten angesehen und durch objektive Merkmale bestimmt werden können. Der Ethnologe Hans-Rudolf Wicker spricht in diesem Zusammenhang von der «Naturalisierung von gesellschaftlichem Sein».⁴ Durch die Essentialisierung werden die Unterschiede zwischen den Menschen ontologisiert. Der Politikwissenschaftler Joseph Marko bezeichnet dies als «Naturalisierung des Unterschieds».⁵

In Umbruchzeiten ziehen sich die Menschen häufig auf solche kollektive Identitäten zurück, die ihnen grössere Sicherheit vermitteln. Fremde erscheinen in Konfliktzeiten als Bedrohung des Status quo.⁶ Wie der deutsche Politologe Hans-Gerd Jaschke betont, werden Ethnizität, Volk und Nation zu Mitteln der sozialen und politischen Strategie. Kategorien wie Sprache, Religion oder Ethnie nehmen den Charakter von Instrumenten zur politischen Mobilisierung an. Durch die Ethnisierung sozialer Konflikte ergibt sich potentiell eine verschärfte Konkurrenzbeziehung entlang ethnisch und nicht schichtspezifisch bedingter Grenzen.⁷

In der Schweiz verbuchte der Ethnonationalismus bei der Entstehung des Kantons Jura einen partiellen Erfolg.⁸ Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte das separatistische «Rassemblement jurassien» den Jura-Konflikt zu ethnisieren. Allerdings stiess Roland Béguelin mit seinen Thesen zum «ethnischen Föderalismus» in der frankophonen Westschweiz auf wenig Zustimmung.⁹ Die Kaskade der Volksabstimmungen, die 1974 eine knappe Mehrheit für die Gründung eines neuen Kantons im Gebiet des Nordjura ergab, liess die jahrhundertealte Konfessionsgrenze als staats- und grenzbildenden Faktor hervortreten. Die französische Sprache allein genügte nicht, einen neuen Kanton zu konstituieren.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft anerkennt seit 1848 Deutsch, Französisch und Italienisch als Landessprachen; 1938 kam das Rätoromanische dazu.¹⁰ Nach der Volkszählung von 2000 wohnten in der Schweiz gut 7,3 Mil-

lionen Menschen. Gemäss der Sprachenstatistik teilten sich die Schweizerinnen und Schweizer in 72,5 Prozent Deutschsprachige, 21 Prozent Französischsprachige, 4,3 Prozent Italienischsprachige und 0,6 Prozent Rätoromanischsprachige auf.¹¹

Obschon die mehrsprachige Schweiz seit dem 19. Jahrhundert als Modell für Europa gelobt wird, hat sie durch die vergangenen zweihundert Jahre um ihre kulturelle Identität und ihre soziale Kohäsion ringen müssen. Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit: Im Anschluss an die Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 über den «Europäischen Wirtschaftsraum» wurde das Malaise zwischen den Romands und den Deutschschweizern zu einem dominanten Thema im binnenschweizerischen politischen Diskurs.

Malaise in der welschen Schweiz

Für die letzten zwanzig Jahre des 20. Jahrhunderts kann man von einem Bedeutungsgewinn des Sprachenthemas in der schweizerischen Publizistik sprechen. Zu Beginn der 1980er Jahre erschienen verschiedene Bücher und Schriften, die sich mit dem Verhältnis der Sprachengruppen zueinander, insbesondere mit den Beziehungen zwischen der deutschen und französischen Schweiz beschäftigten.

1982 kam das Buch «La Romandie dominée» von Alain Charpiloz und Geneviève Grimm-Gobat heraus, das das Vetorecht der sprachlichen Minderheiten propagierte.¹² Die Westschweizer Medien nahmen die Thesen insgesamt skeptisch auf.¹³ Weitere Schriften mit polemischen Tönen gegen die übermächtige Deutschschweiz folgten, so etwa «Quand la Suisse française s'éveillera» von Clovis Lugon im Jahr 1983.¹⁴

Es fällt auf, dass Ende der 1990er Jahre verschiedene welsche Publizisten das brüchige Verhältnis der Sprachgemeinschaften und den Verlust des nationalen Zusammenhalts thematisierten. Entsprechende Schriften trugen sensationsheischende Titel wie «Quand la Suisse disparaîtra» (1998), «La Suisse éclatée» (1999) oder «Quand la Suisse éclatera» (2000).¹⁵

Mit dem Verhältnis der Sprachgemeinschaften beschäftigte sich auch die für Fragen des nationalen Zusammenhalts sensibilisierte «Neue Helvetische Gesellschaft» in ihren Jahrbüchern: «Der Dialog zwischen Schweizern / Le Dialogue entre Suisses» (1981) oder «Die Schweiz im Spiegel ihrer Sprachen / La Suisse face à ses langues» (1990).¹⁶

Vermehrt begannen sich auch Sozialwissenschaftler, Historiker, Politologen und Philologen in wissenschaftlichen Studien mit den Sprachenfragen zu befassen. 1983 erschien das vom Historiker Pierre du Bois herausgegebene Buch «Union et division des Suisses. Les relations entre Alémaniques, Romands et Tessinois aux XIX^e et XX^e siècles». 17 1989 veröffentlichte das Eidgenössische Departement des Innern den Bericht einer Arbeitsgruppe unter Peter Saladin zum Thema «Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz». 18 Der Soziologe Uli Windisch untersuchte 1994 im Rahmen eines Forschungsprogrammes des Schweizerischen Nationalfonds die Beziehungen zwischen Romands und Deutschschweizern; und die Forschungsgruppe des Politologen Hanspeter Kriesi erstellte 1996 im Auftrag des Bundesamtes für Statistik eine Studie über den politischen Graben zwischen der deutschen und französischen Schweiz. 19 1996 erschien mein Buch «Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa», in dem ich die «schleichende Belgisierung» der Schweiz thematisierte. 20 Mit dem «Röstigraben» beschäftigte sich Christophe Büchi mit dem im Jahr 2000 herausgekommenen Buch. 21

Eine im November 2002 veröffentlichte Umfrage zum gegenseitigen Verhältnis der Deutschschweizer und Westschweizer konstatierte ein «Sympathiegefälle» zwischen den beiden Landesteilen. 22 Während von 201 befragten Personen aus der Westschweiz 51 Prozent ihre Deutschschweizer Mitbürger für sympathisch hielten, taten das 73 Prozent der Deutschschweizer in Bezug auf die Welschen. 11 Prozent der befragten Romands hielten die Bewohner der deutschen Schweiz für nicht sympathisch, nur 5 Prozent der Deutschschweizer ihre französischsprachigen «compatriotes». Die kleine Studie kommt zum Schluss, dass die Unzufriedenheit in der Westschweiz grösser sei als im deutschsprachigen Landesteil. Ausserdem waren 63 Prozent der Romands der Meinung, die Deutschschweiz nehme zu wenig Rücksicht auf die französischsprachige Minderheit, während nur 25 Prozent der Deutschschweizer diese Ansicht vertraten. Auch wenn wir die Umfragezahlen mit Vorsicht interpretieren wollen, bestätigen sie das Malaise in der Romandie, das in den oben zitierten Büchern und Schriften zum Ausdruck kommt.

Zunehmende Irritationen nach 1970

Aus einem tiefsitzenden Minoritätsgefühl heraus sehen sich frankophone Intellektuelle und Medienleute häufig von der Übermacht der deutschen Schweiz bedroht. Im Vergleich mit den unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnten von 1945–1965 trübte sich – wie erwähnt – im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts das Klima zwischen der deutschen und der frankophonen Schweiz.

Zunächst zu den allgemeinen Gründen. In der Nachkriegsperiode von 1945–1965 breiteten sich in einem bisher unbekanntem Ausmass wirtschaftlicher Wohlstand und soziale Sicherheit aus, was einen Wertewandel zur Folge hatte. Dazu kam, dass die nach 1940/45 geborene Baby-

boom-Generation andere Vorstellungen über die Schweiz besass als ihre Eltern, deren Werte noch stärker vom Krieg und der Landesverteidigung bestimmt waren. Je mehr sich das Konsumverhalten²³ im Sinne des amerikanischen Lebensstils europaweit anglich, desto stärker betonten die Menschen scheinbar «natürliche» Kategorien wie die Nation oder die Sprache als identitätsstiftende Kategorien.

Wie bei den Autonomiebewegungen im Südtirol, im Aostatal und auf Korsika, in Katalonien und Galizien, im Baskenland und anderswo gewann auch in der mehrsprachigen Schweiz die Sprachenfrage nach 1970 an Bedeutung. Da vielen Deutschschweizern ihre kulturelle Dominanz im Alltag (zu) wenig bewusst ist, äussert sich das Unbehagen hauptsächlich in der französischen Westschweiz und im italienischsprachigen Tessin. Provokativ formulierte der Künstler Ben Vautier «La Suisse n'existe pas» an der Weltausstellung von Sevilla 1992 – eine Formel, die in der Schweiz eine heftige öffentliche Diskussion auslöste. Auch wenn diese Debatte nicht direkt die Sprachenfrage im Visier hatte, war sie Ausdruck der Erosionen im nationalen Zusammenhalt der Schweiz.

Obwohl die gesamte Schweiz vom Modernisierungsschub der langen fünfziger Jahre profitieren konnte, gehörte die Grossagglomeration von Zürich zu den eigentlichen Nutzniessern, was in den peripheren Landesteilen der Schweiz, insbesondere in der Westschweiz, Frustrationen hervorrief. Die wirtschaftlichen Konjunkturlauten, die nach 1973/74 in unregelmässigen Abständen auftraten, förderten so auf indirektem Wege die Ethnisierung der Politik. Zahlreiche Politiker und Intellektuelle aus der Romandie neigten dazu, die Wirtschaftsprobleme in ihren Regionen nicht mit ökonomischen, sondern mit kulturellen Gründen zu erklären. Sozioökonomische Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot und die damit verbundenen sozialen Ungleichheiten konnten so als Folge ethno-linguistischer Differenzen wahrgenommen werden. Die Wirtschaftsmetropole Zürich erschien vielen Romands als Inbegriff der übermächtigen Deutschschweiz. 24

Im Frühling 1996 verstärkte der Entscheid der Fluggesellschaft Swissair, den Genfer Flughafen gegenüber dem Zürcher herabzustufen, bei vielen Romands das Gefühl, von den Deutschschweizern marginalisiert zu werden. Auch die Probleme der in der zweisprachigen Dreiseenlandschaft zwischen Biel, Murten, Neuenburg und Yverdon geplanten Expo. 01 – die schliesslich als Expo. 02 erfolgreich stattfand – wurden vereinzelt mit dem fehlenden Enthusiasmus der Deutschschweizer Wirtschaft in Verbindung gebracht. 25

Für grosses Aufsehen in der welschen Schweiz sorgte 1999 die Politik der Zürcher Erziehungsdirektion, in den Zürcher Primarschulen mit dem Frühenglischen vor dem Französischunterricht zu beginnen. 26 Das bildungspolitische Thema entwickelte sich zum staatspolitischen Problem. Unter dem Präsidium des Basler Romanisten Georges Lüdi liess die Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz ein Konzept für den Fremdsprachenunterricht ausarbeiten, das den Gegebenheiten der vielsprachigen Schweiz Rück-

sicht tragen soll. Die Autoren warnten davor, Englisch gegen Französisch oder Deutsch auszuspielen und erklärten, die Vernachlässigung der Nationalsprachen stelle eine Gefahr für den Sprachenfrieden in der Schweiz dar und könnte das Auseinanderdriften der Sprachgebiete begünstigen.²⁷

Aus der Geschichte von europäischen Minderheitenkonflikten wissen wir, dass ökonomische und politische Ungleichheiten für den Zusammenhalt eines Nationalstaates politische Sprengkraft erhalten, wenn sie von kulturellen oder ethnischen Differenzen überlagert werden. Dabei sind nicht so sehr die Fakten entscheidend, als vielmehr die Vorstellungen, die sich die Menschen von der Wirklichkeit machen. Verstärkt wurden die Klischees in der welschen Schweiz durch den Umstand, dass staatliche Ämter statistische Tabellen häufig nach sprachregionalen Gesichtspunkten anordneten. Auf diese Weise verfestigten sich in der Öffentlichkeit ethnolinguistische Denkmuster, die einfache Erklärungen bieten, um die komplexen sozioökonomischen und politischen Entwicklungsprozesse zu deuten.²⁸

Gibt es eine «identité romande?»

Eine Schlüsselrolle in diesem allgemeinen Bewusstseinswandel kommt den überregionalen Massenmedien der Romandie zu, die einen grossen Teil ihrer Leserschaft am Genfersee, am sogenannten «Arc lémanique», besitzen. Bis in die 1970er Jahre waren die Romands wie auch die andern Schweizer hauptsächlich auf die kantonale Politik ausgerichtet. Der christlichdemokratische Freiburger las seine «La Liberté», in der er sich über die Heimat und das Weltgeschehen orientierte, im übrigen dachte er ähnlich wie sein Parteifreund in Genf oder in Pruntrut.²⁹ In dem Masse, in dem die traditionellen Bindungen der soziokulturellen Parteimilieus seit Ende der 1960er Jahre Auflösungserscheinungen zeigten, wurden zahlreiche Menschen für neue politische Ideologien, zum Beispiel für fundamentalistische und nationalistische Losungen, anfällig.

Im Zusammenhang mit der Pressekonzentration entstanden in Lausanne und Genf überregionale Zeitungen, die sich an die gesamte welsche Schweiz wandten. An erster Stelle sind das 1980 gegründete Wochenmagazin «L'Hebdo» und der von 1991 bis 1998 existierende «Le Nouveau Quotidien» zu nennen, der in Lausanne erschien. 1998 folgte in Genf «Le Temps». Es waren hauptsächlich Journalisten des «L'Hebdo» und des «Le Nouveau Quotidien», die in ihren Artikeln die Minderheitsansprüche der welschen Schweiz geltend machten.³⁰ Ähnlich wie im Falle der «Lega dei Ticinesi» richteten sich diese hauptsächlich gegen die Hegemonie der deutschen Schweiz. Ein Paradoxon: Die gleichen Medien, die bei manchen Gelegenheiten die hybriden Mischkulturen der modernen Gesellschaft und deren Multikulturalität als Zeichen der postmodernen Welt positiv deuteten, waren im Verhältnis zu den Zürchern und andern Deutschschweizern nicht frei von ethnozentristischen Zügen. Christophe Büchi, der im zweisprachigen Freiburg

aufgewachsen ist und heute in Prilly im Kanton Waadt wohnt, erklärte dies in der «Neuen Zürcher Zeitung» mit dem «Syndrom der belagerten Festung».³¹

In den 1980er Jahren hoben Intellektuelle die «identité romande» hervor, die sie primär auf die Einheit der Sprache und Kultur bezogen und dabei die historischen Unterschiede der Kantone minimalisierten. Was Journalisten für die ganze Schweiz in kritischer Entmythologisierungsbearbeitung partiell zurückwiesen, nahmen sie für das Welschland in Anspruch: eine gemeinsame Identität. War die frankophone Schweiz bislang kantonale und konfessionell fragmentiert, erschien sie nun manchen Intellektuellen als ethnische und kulturelle Einheit. Der Journalist Michel Zendali brachte dies 1992 mit einer deutlichen Allusion an die Sevilla-Debatte auf die lapidare Formel: «La Suisse romande existe».³² Der Genfer Staatsrat Guy-Olivier Segond postulierte im Herbst 1992 anlässlich einer Tagung in Glion die Bildung eines mit Entscheidungskompetenzen ausgestatteten Rates der französischsprachigen Kantone. Dieser sollte zuerst im Bereich der Raumplanung, später auch in der Bildungs- und Gesundheitspolitik die bisherigen kantonalen Instanzen ablösen.³³ Andererseits hatte der Genfer Regierungsrat Jacques Vernet noch im Jahr 1985 betont: «Il n'y a à vrai dire pas de Romandie, [...], il y a seulement une série d'Etats confédérés.»³⁴

Noch einen Schritt weiter ging im Jahr 2000 der jurassische Nationalrat Jean-Claude Rennwald in seiner Schrift «Quand la Suisse éclatera».³⁵ Um ein Auseinanderbrechen der Schweiz zu verhindern, forderte er eine «Demokratie der Sprachen». Der sozialdemokratische Politiker rückte damit in die Nähe eines sprachlichen oder ethnischen Föderalismus, wie ihn schon der Separatistenführer Roland Béguelin während der Jurakrise vertreten hatte.

Die Sprachenfrage wurde auch bei der Ergänzungswahl für Ruth Dreifuss in den Bundesrat im Dezember 2002 zum Thema. Die Kandidatur der Freiburger Staatsrätin Ruth Lüthi galt einem Teil der welschen Presse als problematisch. Journalisten stellten die Frage, ob die gebürtige Solothurnerin aufgrund ihrer «origine alémanique» die Romandie angemessen vertreten könne.³⁶ Im Genfer «Le Temps» erklärte der publizistische Direktor, Lüthi sei «germanophone». Wenn es genüge, in einem zweisprachigen Kanton beheimatet zu sein, dann könne man auch die Bundesräte Adolf Ogi oder Samuel Schmid als Romands bezeichnen.³⁷ Zu Eric Hoeslis Ausführungen meinte der Zürcher «Tages Anzeiger», sie brächten eine «chauvinistische Kampagne» gegen die Freiburger Bundesratskandidatin zu neuer Blüte; das Argument «Ruth Lüthi ist keine von uns» führe in eine «gefährliche, rassistische Richtung».³⁸ Im «L'Hebdo» lobte Jacques Pilet die Sprachenkenntnisse der Freiburger Staatsrätin, doch meinte er, das «français fédéral» genüge nicht, es bleibe «une réduction, un raccourci de la pensée». Sollte Lüthi gewählt werden, gäbe es nur noch einen Bundesrat (gemeint war Pascal Couchepin), der nicht auf Schweizerdeutsch denke.³⁹ Sukkurs erhielten die Lüthi-Gegner auch von einzelnen Stimmen aus dem mehrheitlich französischen Heimatkanton Lütis, wo die «Communauté

Romande du Pays de Fribourg» forderte, dass die neue Bundesrätin eine Romande sein und ihre Schulzeit in französischer Sprache durchlaufen haben müsse.⁴⁰ Kurz vor dem Wahltag vom 4. Dezember verstärkte sich die Kampagne gegen Lüthi. Unter dem eindringlichen Warnruf «Romands, réveillez-vous!» publizierte die Zeitung «Le Matin» einen letzten Aufruf vor der Bundesratswahl.⁴¹ Nicht alle welschen Journalisten vertraten die Anti-Lüthi-Linie. Der Chefredaktor der Freiburger «La Liberté» Roger de Diesbach schrieb über die Freiburger Kandidatin: «Certes, elle n'est pas tombée dans la marmite franco-phone quand elle était petite, mais elle s'y acclimate, comme, avant elle, des Hoesli, Diesbach et autres Zendali.»⁴²

Wie sind diese Stimmen zu deuten, die allerdings im privaten Gespräch mit welschen Bürgerinnen und Bürgern nicht überall geteilt wurden? Weisen sie auf eine stärkere Ethnisierung der Beziehungen zwischen den schweizerischen Sprachgemeinschaften hin? Wie auch immer die Antwort ausfällt, für mich – und dies ist der erste Punkt – steht fest, dass sich in den achtziger und neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts in der französischen Schweiz verschiedene Politiker, Publizisten und Journalisten in den Medien Gehör verschafften, die im Zuge des Zeitgeistes stärker als bisher für die «identité romande» als Bezugspunkt plädierten. Festzuhalten ist freilich, dass man in den Regierungskanzleien der Westschweizer Kantone die Idee einer nach Sprachregionen aufgeteilten Schweiz offiziell nicht aufnahm. Dennoch vertrete ich die These, dass der Sprachregionalismus in der gesamten Schweiz zugenommen hat und die herkömmlichen kantonalen Grenzlinien fast unmerklich erodieren lässt. Wie in allen Übergangszeiten kann man sich über das Ausmass der Erosion streiten, kaum Zweifel bestehen aber darüber, dass die Kantone als identifikatorische Referenzpunkte auf der Verliererseite stehen.

Zweitens: Nachdem die konfessionellen Streitfragen des Kulturkampfes in den 1970er Jahren weitgehend aus der öffentlichen Debatte verschwunden waren und die sozialen Themen des Klassenkonfliktes ihre Virulenz verloren hatten, traten zum Teil sprachpolitische Themen an ihre Stelle. Hier folgte die Schweiz dem allgemeinen Trend in Europa.

Ein dritter Punkt: Zwar wuchsen im 20. Jahrhundert die Sprachkompetenzen der Schweizer mit dem steigenden Bildungsniveau an, sie genügen aber nicht, um im täglichen Leben die real existierenden Sprachbarrieren zu durchbrechen.⁴³ Aus Studien wissen wir, dass die Schweizer lieber auf die Medien des sprachverwandten Nachbarlandes ausweichen als Radio und Fernsehen der anderssprachigen Landsleute zu benutzen.⁴⁴ Das hat zur Folge, dass im Denken der Menschen diesseits und jenseits der Saane die sprachregionale Aufteilung der Schweiz voranschreitet.

Und schliesslich ein vierter Aspekt: Wie die Zahlen der schweizerischen Volkszählung von 2000 ergeben, ist die Angst der Romands vor einer Germanisierung zumindest quantitativ unbegründet, denn das Französische wurde durch die demographische Entwicklung der 1990er Jahre

gestärkt. Während 1990 noch 19,2 Prozent der Gesamtbevölkerung Französisch als Hauptsprache hatten, waren es 2000 20,4 Prozent. Betrachtet man nur die Schweizerinnen und Schweizer, dann stieg diese Zahl von 20,5 Prozent im Jahre 1990 auf 21 Prozent 2000.⁴⁵ In der Westschweizer Tagespresse wurden diese Ergebnisse mit einer gewissen Genugtuung aufgenommen.⁴⁶

Politische Differenzen

Auf nationaler Ebene traten die Spannungen zwischen der deutschen und der welschen Schweiz am sichtbarsten in der Politik, das heisst in einzelnen Volksabstimmungen hervor.⁴⁷ Als eigentlicher Katalysator wirkte die Europa-Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992. Die französischsprachigen Kantone – inklusive die zweisprachigen Kantone Freiburg und Wallis⁴⁸ – stimmten dem EWR-Beitritt mit einer Ja-Mehrheit von 72 Prozent zu, während die deutsche Schweiz und das italienischsprachige Tessin Nein-Mehrheiten von 62 Prozent beziehungsweise 61 Prozent aufwiesen. Auch wenn in der deutschen Schweiz 38 Prozent für den EWR stimmten, reichte dies nicht für ein gesamtschweizerisches Ja, da in der französischen Schweiz nur ein Fünftel der schweizerischen Gesamtbevölkerung wohnt. Die «lateinische» Schweiz allein kann keine Volksabstimmung gewinnen. Dieser entscheidende Faktor wird auf Seiten der Deutschschweizer Mehrheit viel zu wenig beachtet.

Im Anschluss an die Europa-Abstimmung von 1992 war das Bild vom Auseinanderdriften der deutschen und französischen Sprachregion dominantes Thema des politischen Diskurses. Die folgenden Volksabstimmungen wurden von den Medien weitgehend danach untersucht, ob sich ein «Röstigraben» im Abstimmungsverhalten zwischen der deutschen und der welschen Schweiz aufgetan habe oder nicht. Tatsächlich zeigten sich zwischen den beiden Landesteilen in Fragen der Aussenpolitik und der Sozialpolitik deutliche Unterschiede im Abstimmungsverhalten. Die bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union, über die die Schweizerinnen und Schweizer am 21. Mai 2000 abstimmten, wurden von den französischsprachigen Kantonen mit 76 Prozent angenommen, während in der deutschen Schweiz 61 Prozent und im Tessin nur 43 Prozent den Verträgen zustimmten. Differenzen bestanden auch bei Abstimmung über die europafreundliche Volksinitiative «Ja zu Europa» am 4. März 2001, die in der Westschweiz immerhin einen Ja-Stimmen-Anteil von 36 Prozent erzielte, während sie in der deutschen Schweiz und im Tessin nur 16 Prozent Ja-Stimmen erreichte. Schliesslich verhalf die Westschweiz der epochalen Abstimmung über den UNO-Beitritt vom 3. März 2002 mit einer Zustimmung von 62 Prozent zum Erfolg. Gesamtschweizerisch hatten sich 55 Prozent der Stimmberechtigten für den Beitritt entschieden, aber nur 48 Prozent in der deutschen Schweiz und 41 Prozent im Tessin. Ohne den Stimmenüberschuss aus der französischen Schweiz wäre die Vorlage abgelehnt worden.

Volksabstimmungen 1992–2002: Ja-Prozente nach Kantonen

	Europäischer Wirtschaftsraum 1992 ⁽¹⁾	AHV-Revision 1998 ⁽²⁾	Mutterschafts- versicherung 1999 ⁽³⁾	Bilaterale Europa-Verträge 2000 ⁽⁴⁾	Initiative «Ja zu Europa» 2001 ⁽⁵⁾	UNO-Beitritt 2002 ⁽⁶⁾
Zürich	49	40	38	70	24	60
Bern/Berne	48	39	36	68	23	56
Luzern	39	37	28	63	16	52
Uri	25	37	22	52	9	40
Schwyz	27	29	20	50	11	39
Obwalden	28	27	25	56	11	45
Nidwalden	34	27	22	56	11	47
Glarus	32	33	21	57	13	40
Zug	44	34	31	69	17	55
Solothurn	43	39	28	67	20	53
Basel-Stadt	55	44	44	72	29	64
Basel-Landschaft	53	40	35	71	23	59
Schaffhausen	39	42	30	61	18	45
Appenzell Ausserrhoden	37	33	23	62	14	46
Appenzell Innerrhoden	29	23	14	52	7	33
St. Gallen	38	35	24	63	14	47
Graubünden/ Grigioni/Grischun	32	39	30	59	14	46
Aargau	40	35	26	62	17	49
Thurgau	36	32	23	57	14	43
	38	35	27	61	16	48
Ticino	39	61	63	43	16	41
Fribourg/Freiburg	65	50	54	75	27	59
Vaud	78	49	64	80	39	64
Valais/Wallis	56	49	49	66	21	52
Neuchâtel	80	58	63	79	44	65
Genève	78	55	74	79	41	67
Jura	77	68	70	77	44	63
	72	55	62	76	36	62
Gesamt- schweizerisch	49,7	42	39	67	23	55

1) Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992

2) Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» vom 27. September 1998

3) Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung vom 13. Juni 1999

4) Bundesbeschluss über die Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft sowie gegebenenfalls ihren Mitgliedstaaten oder der Europäischen Atomgemeinschaft andererseits vom 21. Mai 2000

5) Eidgenössische Volksinitiative «Ja zu Europa» vom 4. März 2001

6) Eidgenössische Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen» (UNO) vom 3. März 2002

Im Bereich der Sozialpolitik mussten sich die französischsprachigen Schweizer wiederholt dem Willen der Deutschschweizer Mehrheit beugen. Dabei befanden sich die Tessiner in diesem Bereich an der Seite der Romands. Die Volksinitiative für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters wurde am 27. September 1998 von der Mehrzahl der welschen Stimmbürger als auch des Tessins angenommen, erreichte gesamtschweizerisch aber nur einen Ja-Stimmen-Anteil von 42 Prozent. Das selbe Bild zeigte sich am 26. November 2000 bei den Volksinitiativen für eine Flexibilisierung der AHV und für ein flexibles Rentenalter. Am deutlichsten war der Unterschied in der Abstimmung über die Mutterschaftsversicherung am 13. Juni 1999. Während mehr als 62 Prozent der Westschweizer und Tessiner das Gesetz guthiessen, taten das nur 27 Prozent in der deutschen Schweiz, was zu einem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 39 Prozent und damit zur Ablehnung führte. Verschiedene Kommentatoren erklärten das unterschiedliche Wahlverhalten deutscher und lateinischer Sprachgemeinschaften mit den jeweils anderen Vorstellungen über die Rolle des Staates in der Gesellschaft.⁴⁹ Diese Interpretation greift meines Erachtens zu kurz. Betrachtet man beispielsweise asylpolitische Abstimmungen, zeigt sich, dass die Deutschschweizer in diesem Bereich durchaus gewillt sind, dem Staat zusätzliche regulatorische Befugnisse zuzugestehen.

Wie aus einer 1996 veröffentlichten Untersuchung der Forschergruppe von Hanspeter Kriesi über die Volksabstimmungen hervorgeht, hielten die Schweizerinnen und Schweizer die Sprachenfrage für kein vordringliches Problem, im Gegensatz zu Themen wie der Arbeitslosigkeit, dem Drogenproblem oder der AHV.⁵⁰ Die verschiedenen Sprachregionen würden – so die Studie – in ihren politischen Grundwerten übereinstimmen, und die Bevölkerung aller Regionen würde sich stark mit der Schweiz verbunden fühlen. Die Analyse von Volksabstimmungen im Zeitraum der Jahre 1872 bis 1994 ergab, dass sich der Sprachenkonflikt gesamthaft und quantitativ tendenziell verringert hatte, was zu einer Annäherung der Sprachregionen in ihrem politischen Verhalten führte. In absoluten Zahlen zog die allgemeine Zunahme der Volksabstimmungen indessen häufige Differenzen zwischen den Landesteilen nach sich. Da die Medien seit 1970 dem Sprachenthema hohe Aufmerksamkeit schenkten, rückten die Abstimmungsergebnisse in regelmässigen Abständen in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Ferner wiesen die Autoren darauf hin, dass zwischen den Sprachregionen durchaus Probleme existierten, was sich hauptsächlich im Bewusstsein der sprachlichen Minderheiten niederschlug. Trotz geteilter politischer Grundwerte würden aber in den einzelnen Sprachgemeinschaften unterschiedliche Wertmuster vorherrschen, was sich bei Themenkreisen wie Auslandsbeziehungen, Sozialpolitik und Föderalismus äussere. Die Kriesi-Studie hielt fest, dass der Sprachenfaktor seit den 1980er Jahren zu einem der wichtigsten Parameter des Abstimmungsverhaltens geworden sei.

Der von Michael Herrmann und Heiri Leuthold vorgenommene statistische Vergleich der Gemeindeergebnisse aller eidgenössischen Volksabstimmungen von 1981 bis 2000 bestätigt das Anwachsen der politischen Differenzen zwischen dem deutschen und dem französischen Landesteil.⁵¹ Der «weltanschauliche Graben» zwischen den Sprachregionen wurde demnach in den letzten zwanzig Jahren des 20. Jahrhunderts grösser und veränderte sich qualitativ. Ferner konnten die Autoren eine «Homogenisierung des Abstimmungsverhaltens innerhalb der Sprachregionen» feststellen. Letzteres treffe vor allem auf die Romandie zu, die weniger als die Deutschschweiz durch den Gegensatz von «linksliberalen städtischen Zentren und der rechtskonservativen Peripherie» geprägt sei. Während in den 1980er Jahren ökologische Fragen die deutsch- und die französischsprachige Schweiz spalteten, waren es in den 1990er Jahren vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Themen. Die Westschweizer waren in diesen Fragestellungen eher sozialstaatlich und autoritätskritisch eingestellt, während sich die Deutschschweizer wirtschafts- und autoritätsfreundlich zeigten. Bei aussenpolitischen Fragen wurde in den 1990er Jahren nach Herrmann und Leuthold der sonst wirksame Stadt-Land-Gegensatz oft durch den Sprachen Graben überlagert. Dabei gewichten die beiden Autoren den Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie stark. Sie kommen zum Schluss, dass seit den 1980er Jahren der Sprachraum im Vergleich zu kantonalen und konfessionellen Eigenheiten für die politische Orientierung an Bedeutung gewonnen habe.

Mundartwellen in der deutschen Schweiz

Im Zusammenleben zwischen den Deutsch- und Französischschweizern spielen die Deutschschweizer Dialekte eine wichtige Rolle, denn sie vergrössern die Sprachenbarriere. Für die Deutschschweizer stellte der Dialekt seit jeher ein wesentliches Identitätsmerkmal dar, um sich von den benachbarten Deutschen zu unterscheiden. Ausserdem verkörpern die Mundarten die politische Vielfalt der Deutschschweizer Regionen und Kantone.⁵²

Für den Zusammenhalt der schweizerischen Staatsnation hatten die Mundarten im Verlauf der Geschichte dennoch integrative Funktionen. Weil die Deutschschweizer kein einheitliches Sprachenbewusstsein und in der Folge keine Hochsprache entwickelten, strebten sie im 19. Jahrhundert keine Nationalisierung ihrer Sprache an. Für die staatspolitische Kohäsion der multikulturellen Schweiz war dies – so paradox es tönt – von Vorteil. Die Deutschschweizer trafen trotz ihrer zahlenmässigen Mehrheit keine ernsthaften Anstalten, ihre Sprache zum Merkmal des modernen schweizerischen Nationalstaates zu erklären und diese als Staatssprache den sprachlichen Minderheiten aufzuzwingen. Im Gegenteil, 1848 bekannte sich der neue Bundesstaat zur Mehrsprachigkeit als Prinzip, was im damaligen Europa eine Ausnahme darstellte. Es waren also indirekt die Mundarten, die die sprachliche Homogenisierung der

Schweiz verhinderten oder zumindest hemmten. Wenn man über die Nachteile der Dialektwelle spricht, darf man diese historisch-politische Funktion der Deutschschweizer Mundarten nicht ausser acht lassen.⁵³

Wenn man sich zum Beispiel die Geschichte der Magyarisierung Ungarns vor Augen führt, erkennt man, dass die Sprachengeschichte in der Schweiz durchaus hätte anders verlaufen können. Nach László Katus machte der Anteil der Magyarisch sprechenden Ungarn im Königreich Ungarn 1850 erst 41,6% aus.⁵⁴ Sechzig Jahre später ergab die Volkszählung von 1910 eine Gesamtbevölkerung von über 18 Millionen Menschen, von denen nun 54,5% Ungarisch, 16,1% Rumänisch, 10,7% Slowakisch und 10,4% Deutsch als erste Sprache angaben – um nur die grösseren Sprachgruppen zu nennen. Man kann davon ausgehen, dass zwischen 1880 und 1910 2,5 bis 3 Millionen der nicht-magyarischen Bevölkerung Ungarns sprachlich-kulturell an das Magyarentum assimiliert wurden. Im Königreich Ungarn wurde so im Verlaufe des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Mehrsprachigkeit entscheidend geschwächt. Wie Moritz Csáky feststellt, verlor die «Hungarus»-Idee, die alle Bewohner des Königreichs als Ungarn betrachtete, welches auch immer ihre Muttersprache war, gegenüber der «Magyar»-Konzeption an Boden, die von einer ungarischen Staatssprache ausging.⁵⁵

Kehren wir nach diesem Seitenblick auf Ungarn zur Schweiz zurück. Im 20. Jahrhundert gewannen die Deutschschweizer Mundarten an Bedeutung. Sprachengeschichtler unterscheiden zwischen drei Mundartwellen.⁵⁶ Die erste Welle wurde im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts vom «Heimatschutz»-Gedanken getragen, die zweite hing mit der «geistigen Landesverteidigung» vor und während des Zweiten Weltkrieges zusammen, wobei dem Schweizer Deutschen als Zeichen des nationalen Widerstandes gegen Nazi-Deutschland eine wichtige Rolle zukam. Gegen Ende der 1960er Jahre begann eine dritte Welle. Deutschschweizer Schriftsteller wie Kurt Marti und Franz Hohler oder Liedermacher wie Mani Matter trugen mit ihren kritischen Texten und Mundartliedern zur weiteren Verbreitung der Dialektwelle bei. 1989 stellte der vom Eidgenössischen Departement des Innern herausgegebene Bericht fest, die Mundartwelle manifestiere sich vor allem im häufigeren Dialektgebrauch im Schulbereich, bei Radio und Fernsehen, in kantonalen und kommunalen Parlamenten, in den Verwaltungen sowie im Bereich der Kirche, der Armee und der Justiz.⁵⁷ Kein Zweifel: der vermehrte Gebrauch der Mundarten im Alltagsleben der Deutschschweizer erschwert die sprachliche Verständigung in einem plurilingualen Land. Der Politologe Ernest Weibel machte auf die Ängste vor einer «Hollandisierung» der deutschen Schweiz aufmerksam und meinte damit den Rückzug auf eine Kleinsprache als Kommunikationsmittel.⁵⁸ Indessen: An der Wurzel des Problems stehen nicht die Dialekte, sondern mangelnde Sprachkompetenzen der Schweizer. Die Romands, die die Mundartwelle in Radio und Fernsehen der deutschen Schweiz kritisieren, lesen kaum Deutschschweizer Zeitungen, obwohl diese in Hochdeutsch ver-

fasst sind. Umgekehrt benutzen die Deutschschweizer das welsche Fernsehen und Radio nicht häufiger, auch wenn sie dort nicht auf die erwähnte Dialektbarriere stossen.

Belgisierung: Schlagwort oder Wirklichkeit?

Die verschiedenen Belastungen im Verhältnis von französisch- und deutschsprachigen Schweizern haben in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts den Warnruf vor einer «Belgisierung» der Schweiz laut werden lassen.⁵⁹ Damit war gemeint, dass sich in der Schweiz gelegentlich Sprachenblöcke herausbilden und der Sprachenkorporatismus nach belgischem Vorbild im Alltag an Bedeutung gewinnt. Entspricht diese Interpretation der Wirklichkeit? Für das ausgehende 20. Jahrhundert stelle ich mit anderen Autoren in der Welschschweiz verstärkt Irritationen, ja Abwehrreflexe gegenüber der Deutschschweizer Mehrheit fest.⁶⁰ Allerdings vermochten weder die Herabstufung des Genfer Flughafens Cointrin noch der Entscheid der Zürcher Erziehungsdirektion, dem Englischen vor der zweiten Landessprache Priorität einzuräumen, das Verhältnis zwischen den Landesteilen nachhaltig zu zerrütten. Der Abwehrreflex der Romands hängt mit ihrem Minderheitsstatus zusammen. Solange die Abgrenzung nicht zu einer institutionellen Absonderung im Staat führt, besteht kein Anlass zur Panik.⁶¹

1965 schrieb der Publizist Denis de Rougemont, dass die Schweiz deshalb gut funktioniere, weil die Schweizer durch die politischen Institutionen miteinander verbunden seien, sonst aber in ihren eigenen Regionen und Kantonen ohne grosse gegenseitige Kenntnisse leben würden.⁶² Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist diese These des Neuenburger Essayisten nicht mehr gültig. Wie René Knüsel und Hanspeter Kriesi richtig feststellen, haben die wirtschaftlichen und politischen Interdependenzen auf nationaler und internationaler Ebene derart zugenommen, dass eine bloss passive Koexistenz nicht mehr ausreicht.⁶³

Bis 1950 reagierten die Schweizer auf interkulturelle Probleme zwischen den Sprachgemeinschaften mit einem föderalistischen Reflex, der es den Sprachgemeinschaften ermöglichte, ihr Leben in den Kantonen mehr oder weniger nach eigener Façon zu gestalten.⁶⁴ Die Romands gehörten zusammen mit den Innerschweizer Katholiken zu den vehementesten Befürwortern dieser defensiven Föderalismus-Strategie, die übertriebene Zentralisierungen und Homogenisierungen in der kulturell und religiös fragmentierten Schweiz verhinderte.⁶⁵

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts hat sich die Ausgangslage völlig verändert. An die Stelle der Frage, wie weit sich die Schweiz zentralisieren soll, trat neben andern als wichtigster Konfliktpunkt das Thema der internationalen Öffnung. Die Mehrheit der Deutsch- und Italienischschweizer votiert für einen gewissen Isolationismus auf der Ebene der europäischen Integration, während die Welschen grosse Hoffnungen auf Europa setzen.⁶⁶

Noch ist der nationale Zusammenhalt der Schweizer im Vergleich mit andern multikulturellen Ländern gut. Die Schweiz weist trotz der kulturellen, sprachlichen und konfessionellen Unterschiede eine hohe soziale und nationale Kohäsion auf. Nach Hanspeter Kriesi darf dieser allgemeine Befund nicht darüber hinwegtäuschen, dass die traditionellen Institutionen der Politik, die bis anhin zusammenhielten, was kulturell auseinander strömte, dieser Aufgabe in Zukunft nur mehr schwer gerecht werden können.⁶⁷ Unter der Oberfläche der politischen Stabilität sind Strömungen vorhanden, die auf eine Ethnisierung von Gesellschaft und Politik und damit auf eine stärkere kulturelle Spaltung der Schweiz hindeuten. Vorläufig wirkt der Wohlstand als Kohäsionsfaktor. Je mehr sich aber in Europa die ökonomischen Ausgangsbedingungen jenen der Schweiz angleichen, desto weniger stärkt die Wirtschaft den Nationalstaat.

Dass die Schweiz bisher keine tiefgreifende Belgisierung durchmachte, hängt auch mit ihrer Kraftfeldervielfalt zusammen, in der die Schweizer in einem helvetischen «cross-cutting» ständig wechselnde Konfliktfronten formen.⁶⁸ Die Schweiz hielt bislang so gut zusammen, weil die politischen Grenzen nicht mit den konfessionellen und sprachlichen übereinstimmen. Dazu kommt, wie Wolf Linder schreibt, dass die politischen Parteien der Schweiz über die Sprachgebiete hinaus gewachsen sind und sich nicht ausschliesslich einer Sprachgruppe verpflichtet fühlen.⁶⁹

Die herkömmlichen Grundmuster der Konfliktregelung in der multikulturellen Schweiz sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts schweren Belastungen ausgesetzt. Die Schweiz steht mitten in einem Anpassungsprozess, der sie zwingt, die alten Rahmenbedingungen des Zusammenlebens der vier Sprachgemeinschaften neu zu überdenken.⁷⁰

ANMERKUNGEN

¹ Mit Phänomenen des Nationalismus sowie mit der Sprachthematik in der Schweiz habe ich mich in früheren Publikationen befasst. In diesem Beitrag nehme ich verschiedene Gedankengänge wieder auf, vertiefe, ergänze und modifiziere sie. Siehe: URS ALTERMATT, *Französisch war die Sprache der Regierung. Zum langsamen Emanzipationsprozess der deutschfreiburgischen Minderheit*, in: Freiburger Geschichtsblätter, 70 (1993), S. 107–124. – URS ALTERMATT / HANSPETER KRIESI (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Schweiz. Organisationen und Radikalisierung in den 1980er und 1990er Jahren*, Zürich 1995. – URS ALTERMATT, *Die mehrsprachige Schweiz – Modell für Europa?*, in: URS ALTERMATT / EMIL BRIX (Hrsg.), *Schweiz und Österreich. Eine Nachbarschaft in Mitteleuropa*, Wien 1995, S. 39–49. – URS ALTERMATT, *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa*, Zürich/Paderborn 1996. – URS ALTERMATT, *Sprache und Nation*, Freiburg 1997. – URS ALTERMATT, *Multiculturalism, Nation State and Ethnicity: Political Models for Multi-Ethnic States*, in: HANSPETER KRIESI / KLAUS ARMINGEON / HANNES SIEGRIST / ANDREAS WIMMER (Hrsg.), *Nation and National Identity. The European Experience in Perspective*, Chur/Zürich 1999, S. 73–84. – URS ALTERMATT, *Belgisierung der Schweiz: Schlagwort oder Wirklichkeit?*, in: *Zwischen Rhein und Rhone – verbunden und doch getrennt? / Entre Rhin et Rhône – liens et ruptures*, hrsg. vom Forum Helveticum, Schriftenreihe 10, Lenzburg 2002, S.132–136. – URS ALTERMATT, *Language and Nation: Is Switzerland a Model for Europe?*, in: *Nation and National Ideology. Past, Present and Prospects*. Proceedings of the International Symposium held at the New Europe College, Bucharest April 6–7, 2001, Bukarest

2002, S. 323–351. – URS ALTERMATT, *Sprachenmodelle in Europa*, in: CHRISTIAN GIORDANO / JEAN-LUC PATRY (Hrsg.), *Multikulturalismus und Multilingualismus*. Ein Symposium, Freiburg/Schweiz 2002, S. 71–96. – Ich danke Jürg Tschirren herzlich für seine Mitarbeit.

² ANDREAS WIMMER, *Nationalist Exclusion and Ethnic Conflict. Shadows of Modernity*, Cambridge 2002, S. 1. – Siehe auch: MARIANO DELGADO, *Religion und Nation in der abendländischen Geschichte. Mit einem Seitenblick auf den baskischen Nationalismus*, in: CATHERINE BOSSHART-PFLUGER / JOSEPH JUNG / FRANZISKA METZGER (Hrsg.), *Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten*. Festschrift für Urs Altermatt, Frauenfeld/Stuttgart/Wien 2002, S. 115–135; sowie im selben Band: VOLKER REINHARDT, *Nation und Nationalismus in der frühen Neuzeit. Anmerkungen und Thesen zu einer methodischen Debatte*, S. 155–177.

³ Diese These vertraten früh RITA JALALI / SEYMOUR MARTIN LIPSET, *Racial and Ethnic Conflicts: A Global Perspective*, in: *Political Science Quarterly*, 107 (1992–1993), S. 585–606.

⁴ HANS-RUDOLF WICKER, *Einführung: Nationalstaatlichkeit, Globalisierung und die Ethnisierung der Politik*, in: HANS-RUDOLF WICKER (Hrsg.), *Nationalismus, Multikulturalismus und Ethnizität. Beiträge zur Deutung von sozialer und politischer Einbindung und Ausgrenzung*, Bern 1998, S. 25. – Siehe auch: HANS-RUDOLF WICKER, *Konstruktivismus und das Ende der Toleranz*, in: CATHERINE BOSSHART-PFLUGER / JOSEPH JUNG / FRANZISKA METZGER (vgl. Anm. 2), S. 77–95.

⁵ JOSEPH MARKO, *Autonomie und Integration. Rechtsinstitute des Nationalitätenrechts im funktionalen Vergleich*, Wien/Köln/

- Graz 1995, S. 55–56. – Siehe auch: BASSAM TIBI, *Der religiöse Fundamentalismus im Übergang zum 21. Jahrhundert*, Mannheim 1995.
- ⁶ ANDREAS WIMMER, *Der Appell an die Nation. Kritische Bemerkungen zu vier Erklärungen von Xenophobie und Rassismus*, in: HANS-RUDOLF WICKER / JEAN-LUC ALBER / CLAUDIO BOLZMAN / ROSITA FIBBI / KURT IMHOF / ANDREAS WIMMER (Hrsg.), *Das Fremde in der Gesellschaft: Migration, Ethnizität und Staat / L'altérité dans la société: migration, ethnicité, État*, Zürich 1996, S. 173–198.
- ⁷ HANS-GERD JASCHKE, *Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer Konflikte*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12 (1992), S. 1437–1447.
- ⁸ Aus der zahlreichen Literatur zur Jura-Frage siehe u.a.: HANS PETER HENECKA, *Die jurassischen Separatisten. Eine Studie zur Soziologie des ethnischen Konflikts und der sozialen Bewegung*, Meisenheim am Glan 1972. – *Nouvelle Histoire du Jura*, éd. par Cercle d'études historiques de la Société jurassienne d'Emulation, Pruntrut 1984. – GILBERT GANGUILLET, *Le conflit jurassien. Un cas de mobilisation ethno-régionale en Suisse*, Zürich 1986. – BERNARD PRONGUÉ (Hrsg.), *L'écartèlement. Espace jurassien et identité plurielle 1974–1989*, Saint-Imier 1991. – CLAUDE HAUSER, *Aux origines intellectuelles de la question jurassienne. Culture et politique entre la France et la Suisse romande 1910–1950*, Courrendlin 1997. – CHRISTIAN RUCH, *Struktur und Strukturwandel des jurassischen Separatismus zwischen 1974 und 1994*, Bern 2001.
- ⁹ Siehe etwa den Kommentar in: 24 Heures, 14. September 1981. – Siehe u.a.: ROLAND BÉGUELIN, *Protection ethnique et révision de la Constitution fédérale*, Delémont 1966. – ROLAND BÉGUELIN, *L'autodisposition du peuple jurassien et ses conséquences*, Delémont 1975.
- ¹⁰ Aus der Fülle der Literatur zur Sprachenfrage in der Schweiz siehe u.a.: CYRIL HEGNAUER, *Das Sprachenrecht der Schweiz*, Zürich 1947. – HERMANN WEILENMANN, *Pax Helvetica oder die Demokratie der kleinen Gruppen*, Zürich 1951. – KARL W. DEUTSCH, *Die Schweiz als ein paradigmatischer Fall politischer Integration*, Bern 1976. – PIERRE DU BOIS (Hrsg.), *Union et division des Suisses. Les relations entre Alémaniques, Romands et Tessinois aux XIX^e et XX^e siècles*, Lausanne 1983. – ERNEST WEIBEL, *Sprachgruppen und Sprachprobleme in der Schweiz. Konflikte und Konfliktregelungsmodelle*, in: HANS-GEORG WEHLING (Hrsg.), *Die Schweiz*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1988, S. 79–99. – PETER SALADIN (Hrsg.), *Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz*. Abklärungen, Vorschläge und Empfehlungen einer Arbeitsgruppe des Eidgenössischen Departementes des Innern, Bern 1989. – RENÉ KNÜSEL, *Les minorités ethnolinguistiques autochtones à territoire. L'exemple du cas helvétique*, Lausanne 1994. – URS ALTERMATT 1996 (vgl. Anm. 1), v. a. die Kapitel «Belgien und die Schweiz als Antithesen» und «Schleichende Belgisierung», S. 140–155. – URS DÜRMÜLLER, *Mehrsprachigkeit im Wandel. Von der viersprachigen zur vielsprachigen Schweiz*, Zürich 1996. – HANSPETER KRIESI et al. (Hrsg.), *Le clivage linguistique. Problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse*, Bern 1996. – CHRISTOPHE BÜCHI, «Röstigraben». *Das Verhältnis zwischen deutscher und französischer Schweiz. Geschichte und Perspektiven*, Zürich 2000. – WERNER KOLLER, *Nation und Sprache in der Schweiz*, in: ANDREAS GARDT (Hrsg.), *Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart*, Berlin/New York 2000, S. 563–609. – ROBERT SCHLÄPFER / HANS BICKEL (Hrsg.), *Die viersprachige Schweiz*, 2., neu bearb. Version, Aarau/Frankfurt/Salzburg 2000. – ALINE GOHARD-RADENKOVIC, *Le «Röstigraben» existe-t-il? Représentations réciproques de «l'autre» entre les communautés linguistiques francophones et germanophones de la Suisse*, in: GENEVIÈVE ZARATE (Hrsg.), *Langues, xénophobie, xénophilie dans une Europe multiculturelle, Basse-Normandie 2001*, S. 63–76. – PHILIPP HASELBACH, *Zwischen Linie und Zone. Freiburgs Sprachgrenze in der Zeit von 1890 bis 1960. Ein Beitrag zur kantonalen Sprachgeschichte*, Freiburg 2001. – NORBERT FURRER, *Die vierzigsprachige Schweiz. Sprachkontakte und Mehrsprachigkeit in der vorindustriellen Gesellschaft (15.–19. Jahrhundert)*, Zürich 2002.
- ¹¹ Siehe Pressemitteilung des Bundesamtes für Statistik vom 19. Dezember 2002: *Stärkung des Französischen – Bessere Integration der Ausländerinnen und Ausländer*.
- ¹² ALAIN CHARPILLOZ / GENEVIÈVE GRIMM-GOBAT, *La Romandie dominée*, Lausanne 1982.
- ¹³ Siehe etwa: «*La romandie dominée*», in: 24 Heures, 18. Mai 1982; «*Donner le droit de veto aux minorités latines*», in: La Suisse, 22. Mai 1982; «*Les Alémaniques: des omnivores. Les Latins: des myopes*», in: Le Matin, 24. Mai 1982; «*La Romandie sous influence...*», in: Journal de Genève, 29./30./31. Mai 1982.
- ¹⁴ CLOVIS LUGON, *Quand la Suisse française s'éveillera*, Genf 1983.
- ¹⁵ JOSÉ RIBEAUD, *Quand la Suisse disparaîtra*, Vevey 1998. – JEAN-PHILIPPE CHENAUX et al. (Hrsg.), *La Suisse éclatée. Quand les «fusiologues» jouent avec le feu*, Lausanne 1999. – JEAN-CLAUDE RENNWALD, *Quand la Suisse éclatera. Lettre ouverte aux Suisses alémaniques*, Courrendlin 2000.
- ¹⁶ ALOIS ALTENWEGER (Hrsg.), *Der Dialog zwischen Schweizern / Le Dialogue entre Suisses* (= Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft), Aarau 1981. – JEAN-PIERRE VOUGA / MAX ERNST HODEL (Hrsg.), *Die Schweiz im Spiegel ihrer Sprachen / La Suisse face à ses langues* (= Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft), Aarau 1990.
- ¹⁷ PIERRE DU BOIS (vgl. Anm. 10). – Siehe auch: PIERRE DU BOIS, *Alémaniques et Romands entre unité et discorde. Histoire et actualité*, Lausanne 1999.
- ¹⁸ PETER SALADIN (vgl. Anm. 10).
- ¹⁹ ULI WINDISCH et al. (Hrsg.), *Alltagsbeziehungen zwischen Romands und Deutschschweizern. Am Beispiel der zweisprachigen Kantone Freiburg und Wallis*, Basel 1994. – HANSPETER KRIESI et al. (vgl. Anm. 10).
- ²⁰ URS ALTERMATT 1996 (vgl. Anm. 1). Im «Hebdo» veröffentlichte ich dazu eine «*Lettre ouverte aux Romands*», L'Hebdo, 12. September 1996.
- ²¹ CHRISTOPHE BÜCHI (vgl. Anm. 10). Französisch: CHRISTOPHE BÜCHI, *Mariage de raison. Romands et Alémaniques: une histoire suisse*, Genf 2001.
- ²² Siehe GfS-Forschungsinstitut, Studie zum gegenseitigen Verhältnis der Deutschschweizer und Westschweizer Bevölkerung, Zürich 2002. Untersuchungssample: 751 Personen.
- ²³ CHRISTIAN PFISTER (Hrsg.), *Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft*, Bern 1995.
- ²⁴ Ich verzichte hier auf einzelne Belege. Die Lektüre der welschen Zeitungen und Publikationen fördert zur Genüge entsprechende Artikel zutage.
- ²⁵ Zur Expo als Beispiele: «*La froideur d'un ministre*», in: 24 Heures, 29. September 1999; «*Welsches Abschiednehmen vom '01'. Kommentare am Krankenbett der Expo*», in: Neue Zürcher Zeitung, 2. Oktober 1999.
- ²⁶ Siehe «*Zurich a beaucoup d'alliés*», in: Le Temps, 16. September 2000; «*La guerre des langues est déclarée*», in: Le Temps, 17. September 2000. – Siehe auch: CHRISTOPHE BÜCHI (vgl. Anm. 10), S. 272–274.
- ²⁷ Siehe: *Sprachenkonzept Schweiz. Welche Sprachen sollen die Schülerinnen und Schüler der Schweiz während der obligatorischen Schulzeit lernen?* Bericht einer von der Kommission für

- allgemeine Bildung eingesetzten Expertengruppe «Gesamt-sprachenkonzept» an die schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Bern 1998, einzusehen unter: <<http://www.romsem.unibas.ch/sprachenkonzept/Konzept.html>>, 26. Mai 2003.
- ²⁸ Allgemein zum wirtschaftlichen Ungleichgewicht: CLOVIS LUGON (vgl. Anm. 14), S. 35–39. – JEAN-CLAUDE RENNWALD (vgl. Anm. 15), S. 37–43.
- ²⁹ Siehe z.B.: ROLAND RUFFIEUX (Hrsg.), *La Liberté en son premier siècle, 1871–1971*, Freiburg 1975.
- ³⁰ Zur «Geburt der Romandie aus dem Geist des Medienmarketings» siehe: CHRISTOPHE BÜCHI (vgl. Anm. 10), S. 262–264. – Über Jacques Pilet, den ehemaligen Chefredaktor von «Le Nouveau Quotidien», schreibt der NZZ-Journalist Büchi, dass dieser es «während gut fünfzehn Jahren fertig [brachte], als «Magister Romandiae» der welschen Öffentlichkeit seinen Stempel aufzudrücken». Siehe «Tauwetter über dem Röstigraben. Ist die Romandie «verdeutschschweizert»?», in: Neue Zürcher Zeitung, 14. Januar 2002.
- ³¹ «Im Westen anhaltende Gewitter. Keine welsche Schweiz ohne welsche Minderheitsreflexe», in: Neue Zürcher Zeitung, 3. Januar 2003.
- ³² «La Suisse romande existe», in: Le Nouveau Quotidien, 7. Dezember 1992.
- ³³ Siehe «A Glion, la Suisse romande prend le taureau de la crise par les cornes», in: Le Nouveau Quotidien, 24. Oktober 1992; «Welsche «Super-Regierung» statt Kantönligeist?», in: Tages-Anzeiger, 26. Oktober 1992; «A Glion, un forum au-dessus des barrières et susceptibilités cantonales», in: Le Nouveau Quotidien, 27. Oktober 1992; «Eine «Oberregierung», die den Niedergang aufhält?», in: Berner Zeitung, 27. Oktober 1992.
- ³⁴ «M. Vernet: «Il n'y a pas de Romandie»», in: Journal de Genève, 1./2. Juni 1985.
- ³⁵ JEAN-CLAUDE RENNWALD (vgl. Anm. 15). – Aus Deutschschweizer Sicht siehe den Kommentar: «Muss die Schweiz zerbersten? Zweierlei Untergangsrhetorik», in: Neue Zürcher Zeitung, 15. April 2000.
- ³⁶ Siehe u.a.: «Je suis conseillère d'Etat d'un canton de Suisse romande!», in: Le Temps, 12. Oktober 2002; «Une Fribourgeoise alémanique à la place d'une Genevoise?», in: Tribune de Genève, 12./13. Oktober 2002; «Une vraie rivale pour les Genevoises», in: Le Matin, 15. Oktober 2002; «Ruth Lüthi: «Je me sens Suisse romande»», in: 24 Heures, 29. Oktober 2002; «La culture française et le pouvoir», in: L'Hebdo, 21. November 2002.
- ³⁷ ERIC HOESLI, «La dictature du parti», in: Le Temps, 16./17. November 2002.
- ³⁸ «Ruth Lüthi so welsch wie Samuel Schmid», in: Tages-Anzeiger, 18. November 2002.
- ³⁹ «La culture française et le pouvoir» (vgl. Anm. 36).
- ⁴⁰ Siehe das Communiqué der Communauté Romande du Pays de Fribourg vom 13. November 2002. Siehe auch: «Lüthi braucht die Stimmen der SVP», in: NZZ am Sonntag, 17. November 2002. – Zu Freiburg allgemein: BERNHARD ALTERMATT, *D'un bilinguisme discriminant à un bilinguisme positif: les langues dans l'administration publique et dans le domaine scolaire du canton de Fribourg, 1945–2000*, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit an der Universität Freiburg, Freiburg 2001.
- ⁴¹ «Romands, réveillez-vous!», in: Le Matin dimanche, 1. Dezember 2002.
- ⁴² «Romandie éclatée», in: La Liberté, 3. Dezember 2002. Zur Erläuterung: Michel Zendali ist stellvertretender Chefredaktor der Sonntagsausgabe des «Le Matin».
- ⁴³ Siehe u.a.: CORNELIA GICK / MICHAEL LANGNER / PETER LENZ / GÜNTHER SCHNEIDER, *Untersuchungen zur Evaluation der mündlichen und schriftlichen Kommunikationsfähigkeit*, in: Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (Hrsg.), *Analyse von Evaluationsmodellen für Deutsch und Französisch L2 am Ende der obligatorischen Schulzeit*. Bd. 2, Bern 1993, S. 238–322; im selben Band: GÜNTHER SCHNEIDER, *Evaluation der Evaluation. Zum Prüfungsmodell für die Beurteilung der Kommunikationsfähigkeit in Deutsch als zweiter Landessprache von Schülern in der Westschweiz am Ende der obligatorischen Schulzeit*, S. 47–55. – MICHAEL LANGNER, *In einer fremden Sprache studieren. Überlegungen zur Überprüfung fremdsprachlicher Studierfähigkeit. Ein Werkstattbericht*, in: ÖDaF-Mitteilungen, 2 (1996), S. 35–48.
- ⁴⁴ ROY OPPENHEIM / FRANZ A. ZÖLCH / MATTHIAS STEINMANN (Hrsg.), *Wertwandel und Mediennutzung in der Schweiz. Die Radionutzung 1975 bis 1992 im Spiegel der Publikumsforschung der SRG*, Aarau 1995. – LOUIS BOSSHART et al., *Medienpolitik vs. Medienpraxis. Journalistische Dilemmas in einem mehrsprachigen Land. Bericht an das Bundesamt für Kommunikation*, Freiburg 1997. – ROMAN GATTLEN, *Das Fernsehverhalten in der Schweiz. Eine Untersuchung zum Fernsehverhalten in der Schweiz von 1985 bis 1997 unter besonderer Berücksichtigung nutzungsbeeinflussender Determinanten*, Bern 1999. – MATTHIAS STEINMANN / SABINE ZAUGG / ROMAN GATTLEN, *Medien und Identität – CH. Eine Studie zum Beitrag von Radio- und Fernsehprogrammen zur gesellschaftlichen und kulturellen Integration in der Schweiz*, Bern 2000.
- ⁴⁵ Bundesamt für Statistik (vgl. Anm. 11).
- ⁴⁶ Siehe u.a.: «En Suisse, le français progresse aux dépens de l'allemand grâce à l'intégration des immigrés», in: Le Temps, 20. Dezember 2002; «Sur la frontière des langues le français se consolide», in: 24 Heures, 20. Dezember 2002.
- ⁴⁷ Das unterschiedliche Wahlverhalten der Landesteile wurde von den Westschweizer Medien wiederholt zum Thema gemacht. Siehe u.a.: «La Suisse déchirée? Les Alémaniques ne voient pas où est le problème», in: Le Temps, 28. November 2000. – Zu den folgenden Abstimmungsresultaten siehe: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1994–2002 sowie die Angaben der Bundesbehörden unter <<http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/liste.html>>.
- ⁴⁸ Den ebenfalls zweisprachigen Kanton Bern rechnen wir aufgrund der dortigen starken Dominanz der Deutschsprachigen zu den deutschsprachigen Kantonen.
- ⁴⁹ Siehe «La société alémanique reste marquée par les valeurs conservatrices», in: Le Temps, 14. Juni 1999; «Sind die Romands die besseren Schweizer? Welsches und Deutschschweizer Staatsverständnis unterscheiden sich deutlich», in: Neue Zürcher Zeitung, 9. Dezember 2000.
- ⁵⁰ HANSPETER KRIESI et al. (vgl. Anm. 10), S. 93. Kriesi et al. schreiben, das Resultat der Abstimmungsanalyse sei letztlich «ziemlich zweideutig», siehe ebd., S. 94.
- ⁵¹ Siehe MICHAEL HERRMANN / HEIRI LEUTHOLD, *Deutsch und Welsch im Raum der Weltanschauungen*, in: *Zwischen Rhein und Rhone* (vgl. Anm. 1), S. 153–159. – Siehe auch: «Deux Suisses et un grand fossé», in: Le Temps, 25. Juli 2001; «Zwei Gesichter des Röstigrabens», in: Neue Zürcher Zeitung, 25. Juli 2001.
- ⁵² Zu den Mundarten siehe u.a.: WALTER HAAS, *Reine Mundart*, in: HARALD BURGER / ALOIS M. HAAS / PETER VON MATT (Hrsg.), *Verborum amor. Studien zur Geschichte und Kunst der deutschen Sprache*. Festschrift für Stefan Sonderegger zum 65. Geburtstag, Berlin/New York 1992, S. 578–610. – WALTER HAAS, *Mundart und Standardsprache in der deutschen Schweiz*, in: J. A. VAN LEUVENSTEIJN / J. B. BERNIS (Hrsg.), *Dialect and Standard Language – Dialekt und Standardsprache in the*

- English, Dutch, German and Norwegian Language Areas, Amsterdam 1992, S. 312–336.
- ⁵³ Vgl. Literatur in Anm. 10.
- ⁵⁴ LÁSZLÓ KATUS, *Die Magyaren*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, hrsg. von ADAM WANDRUSZKA / PETER URBANITSCH, Bd. 3/1, Wien 1980, S. 411–488. – PÉTER HANÁK, *Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates*, Wien/München/Budapest 1984. – HANS GOEBL, *Geschichte lernen und aus Geschichte lernen. Die altösterreichische Sprachenvielfalt und Sprachenpolitik als Modellfall für ein Europa von heute und morgen*, in: *Die Slawischen Sprachen*, 39 (1994), S. 5–42.
- ⁵⁵ MORITZ CSÁKY, «Hungarus» oder «Magyar». *Zwei Varianten des ungarischen Nationalbewusstseins zu Beginn des 19. Jahrhunderts*, in: *Annales. Sectio Historica*, 22 (1982), S. 71–84. – MORITZ CSÁKY / ELENA MANNOVÁ (Hrsg.), *Collective Identities in Central Europe in Modern Times*, Bratislava 1999. – Siehe auch: MORITZ CSÁKY, *Gedächtnis, Erinnerung und die Konstruktion von Identität. Das Beispiel Zentraleuropas*, in: CATHERINE BOSSHART-PFLUGER / JOSEPH JUNG / FRANZISKA METZGER (vgl. Anm. 2), S. 25–49.
- ⁵⁶ Nach WALTER HAAS, *Die deutschsprachige Schweiz*, in: ROBERT SCHLÄPFER / HANS BICKEL (vgl. Anm. 10), S. 57–138.
- ⁵⁷ PETER SALADIN (vgl. Anm. 10), S. 141. Wie in Deutschland bevorzugen auch die Schweizer in der mündlichen Alltagsrede gewöhnliche Ausdrucksweisen. Walter Haas schreibt: «Diese moderne Tendenz muss in der deutschen Schweiz zwangsläufig zu einer Bevorzugung der Mundart führen, da «alltägliche, gewöhnliche und gewohnte Ausdrucksweisen» uns nur in der Mundart zur Verfügung stehen.» Siehe WALTER HAAS, in: ROBERT SCHLÄPFER / HANS BICKEL (vgl. Anm. 10), S. 86.
- ⁵⁸ ERNEST WEIBEL, *Les rapports entre les groupes linguistiques*, in: *Handbuch Politisches System der Schweiz*, Bd. 3, Föderalismus, hrsg. von RAIMUND E. GERMANN / ERNEST WEIBEL unter Mitarbeit von Hans Peter Graf, Bern/Stuttgart 1986, S. 225. – Siehe auch: WALTER HAAS, *Der beredete Deutschschweizer oder die Hollandisierung des Hinterwäldlers. Über die Kritik an der Deutschschweizer Sprachsituation*, in: HEINER LÖFFLER (Hrsg.), *Das Deutsch der Schweizer. Zur Sprach- und Literatursituation der Schweiz*. Vorträge, gehalten anlässlich eines Kolloquiums zum 100jährigen Bestehen des Deutschen Seminars der Universität Basel, Aarau 1986, S. 41–59.
- ⁵⁹ Wann der Begriff «Belgisierung» in der schweizerischen Presse und Publizistik erstmals auftauchte, ist mir nicht bekannt. Ich habe den Begriff 1996 in einem Kapiteltitlel meines Ethnonationalismus-Buches verwendet. Siehe URS ALTERMATT 1996 (vgl. Anm. 1), S. 145–155.
- ⁶⁰ Vgl. Literatur in Anm. 10.
- ⁶¹ Siehe u. a.: CHRISTOPHE BÜCHI (vgl. Anm. 31).
- ⁶² DENIS DE ROUGEMONT, *Die Schweiz. Modell Europas. Der schweizerische Bund als Vorbild für eine europäische Föderation*, Wien/München 1965, S. 100. Französische Originalausgabe: *La Suisse ou l'histoire d'un peuple heureux*, Paris 1965.
- ⁶³ RENÉ KNÜSEL 1994 (vgl. Anm. 10); HANSPETER KRIESI et al. 1996 (vgl. Anm. 10).
- ⁶⁴ Siehe u. a.: HANSPETER KRIESI et al. (vgl. Anm. 10), S. 12, 96.
- ⁶⁵ WOLF LINDER / ADRIAN VATTER, *Institutions and Outcomes of Swiss Federalism: The Role of the Cantons in Swiss Politics*, in: *West European Politics*, 2 (2001), S. 95–122.
- ⁶⁶ HANSPETER KRIESI et al. (vgl. Anm. 10), S. 41.
- ⁶⁷ HANSPETER KRIESI et al. (vgl. Anm. 10), S. 95. Wörtlich: «Angesichts des grundlegenden Wandels des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umfelds der Schweiz dürfte diese Verbundenheit durch die gemeinsamen Institutionen aber nicht mehr genügen.»
- ⁶⁸ Siehe GERHARD LEHMBRUCH, *Proporzdemokratie, Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen 1967. – JÜRIG STEINER, *Gewaltlose Politik und kulturelle Vielfalt. Hypothesen entwickelt am Beispiel der Schweiz*, Bern 1970. – URS ALTERMATT, *Konflikt und Konsens in der Schweiz. Vom Stanser Verkommnis zum Friedensabkommen*, in: URS ALTERMATT / ROY PREISWERK / HANS RUH, *Formen Schweizerischer Friedenspolitik*. Referate eines Seminars über Fragen schweizerischer Friedenspolitik zum 500-Jahr-Jubiläum des Stanser Verkommnisses, 23./24. Oktober 1981 in Sachseln/OW, Freiburg 1982. – In seinem Buch zum politischen System der Schweiz von 1995 verweist Hanspeter Kriesi auch auf den Föderalismus als einen der «Versäulung» ähnlichen Mechanismus der Segmentierung. Siehe HANSPETER KRIESI, *Le système politique suisse*, Paris 1995, S. 316–321.
- ⁶⁹ WOLF LINDER, *Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven*, Bern 1999, S. 44.
- ⁷⁰ Siehe auch: URS ALTERMATT, *Ist der helvetische Konsens am Ende? Zeitgeschichtliche Betrachtungen zur Schweiz am Ende des 20. Jahrhunderts*, in: *Itinera. Neue Studien zum Schweizerischen Nationalbewusstsein*, 13 (1992), S. 76–94.

ZUSAMMENFASSUNG

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts verstärkte sich der ethnisch argumentierende Nationalismus als globales Phänomen. In der Schweiz kann man von einem Bedeutungsgewinn der «Sprachenfrage» sprechen. Spannungen zwischen der deutschen und französischen Schweiz traten am sichtbarsten in einzelnen Volksabstimmungen zur Aussen- und Sozialpolitik hervor. Dass sich in der Schweiz keine Sprachenblöcke im Stile Belgiens gebildet haben, hängt hauptsächlich mit dem helvetischen «cross-cutting» der Konfliktlinien zusammen.

RÉSUMÉ

Au dernier tiers du 20^{ème} siècle, le nationalisme ethnique se renforçait comme phénomène global. En Suisse, on peut parler d'un gain d'importance du thème linguistique. Des tensions entre la Suisse germanophone et francophone devenaient les plus visibles dans certaines votations sur la politique extérieure et sociale. Le fait qu'en Suisse des blocs linguistiques ne se soient pas formés comme en Belgique est principalement lié au «cross-cutting» helvétique des frontières de conflits.

RIASSUNTO

Nell'ultimo terzo del XX Secolo il nazionalismo basato su argomenti etnici ha conosciuto un rafforzamento in quanto fenomeno globale. In Svizzera possiamo parlare di un incremento della sua importanza nell'ambito della «questione linguistica». Tensioni fra la Svizzera tedesca e francese si sono manifestate soprattutto nelle varie votazioni popolari su tematiche concernenti la politica estera o sociale. Il fatto che in Svizzera non si siano formati blocchi linguistici analoghi a quelli visti in Belgio è dovuto in primo luogo al continuo modificarsi delle linee di conflitto lungo le quali le dispute politiche hanno luogo.

SUMMARY

The last third of the 20th century saw a marked increase in ethnically motivated nationalism as a global phenomenon. In Switzerland this is primarily reflected in the growing significance of linguistic issues. Tensions between the German-speaking and French-speaking regions of Switzerland have been most conspicuous in votes on foreign affairs and social policy. The fact that linguistic blocks, such as those formed in Belgium, have not emerged in Switzerland is due largely to the “cross cutting” of lines of conflict.